



Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik

Der Überfall palästinensischer Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 und der anschließende Krieg in Gaza haben weltweit Reaktionen hervorgerufen. Die vorliegende Magazine-Ausgabe untersucht, wie die deutsche extreme Rechte die Massaker und die darauffolgenden Entwicklungen darstellt. In Kooperation mit dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) haben wir Periodika, Reden und Interviews ausgewertet. Wie wurde darüber berichtet? Wie bewerten die Autor*innen extrem rechter Medien das Ereignis und die Rolle der beteiligten Akteure? Wie wird die Auseinandersetzung in der extremen Rechten Deutschlands kommentiert? Und was hat aus deren Sicht der Konflikt überhaupt mit Deutschland und der extremen Rechten zu tun?

Am 7. Oktober 2023 überfielen Terroristen der Hamas und ihrer Verbündeten¹ israelisches Territorium, töteten auf grausame Weise 1.139 Menschen und entführten über 240 Menschen in den Gaza-Streifen. Etwa 5.000 Menschen wurden z.T. schwer verletzt, es wurde massive sexualisierte Gewalt angewendet. Die israelische Regierung reagierte darauf mit Luftschlägen im Gaza-Streifen und einer Bodenoffensive. Weltweit kommt es seitdem zu einer Vielzahl an Reaktionen auf das Massaker, den Krieg mit zehntausenden Toten und die schwierige humanitäre Lage im Gaza-Streifen. Der 7. Oktober markierte den Beginn einer globalen antisemitischen Mobilisierung.² 2023 dokumentierten die »Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus« (RIAS) in Deutschland 4.782 antisemitische Vorfälle, mehr als die Hälfte davon nach dem 7. Oktober, darunter überproportional viele Gewaltvorfälle.³ Für Jüdinnen*Juden war der 7. Oktober eine tiefgreifende Zäsur. Die Gefährdung jüdischer Einrichtungen und als solche erkennbare Jüdinnen*Juden hat seitdem objektiv zugenommen. Jüdinnen*Juden nehmen ihr soziales Umfeld und gesellschaftliche Reaktionen als feindlich und empathielos wahr. Gleich-

zeitig sehen sich Muslime zunehmend unter Generalverdacht gestellt, Terror zu unterstützen und beklagen eine Zunahme von antimuslimischem Rassismus seit dem 7. Oktober.

Auch die extreme Rechte nutzt den 7. Oktober als Anlass, um ihren antisemitischen und rassistischen Ressentiments freien Lauf zu lassen. Seit jeher hat sie ein zwiespältiges Verhältnis zu Israel und zum arabisch-israelischen Konflikt. Die Erinnerung an die Schoa und die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen stehen einer positiven Identifikation mit Deutschland im Weg, weshalb diese klein geredet oder relativiert werden. War bereits der NS-Antisemitismus auch antizionistisch ausgerichtet, so kooperierten deutsche Neonazis mit palästinensischen Terrororganisationen; Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann arbeiteten etwa mit der Al Fatah zusammen. Indem weiterhin Jüdinnen*Juden sowie dem Staat Israel vorgeworfen wird, die NS-Verbrechen für die eigenen Zwecke zu missbrauchen, betreibt die extreme Rechte nicht nur Schuldabwehr, sondern auch eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr. Auf der anderen Seite betrachten einzelne extrem rechte Akteur*innen Israel vorrangig als

Bollwerk oder ›abendländisch‹ geprägten Vorposten gegen die ›Islamisierung‹. Nicht zuletzt gibt es jedoch auch Stimmen, die den Islam als Gegenmodell zur von Individualismus und Liberalismus geprägten, verhassten europäischen Moderne begreifen.⁴ Viele dieser Narrative werden mit den aktuellen Entwicklungen aufgegriffen und aktualisiert, wobei in unterschiedlicher Schärfe und Auslegung auf gesellschaftliche Debatten Bezug genommen wird.

Erste Reaktionen auf den 7. Oktober

Die monatlich erscheinende **Deutsche Stimme** (DS) aus dem Umfeld der NPD (inzwischen: Die Heimat) widmete im Dezember 2023 den Massakern und ihren Folgen eine Schwerpunktausgabe mit dem Titel »Nahost in Flammen. Droht der Dritte Weltkrieg?« Bereits die Beschreibungen der Geschehnisse am 7. Oktober lassen keine Zweifel daran, wo sich die Redaktion verortet. Im Vorwort bewertet Chefredakteur Peter Schreiber den terroristischen Überfall als Ereignis, bei dem »auch unschuldige Zivilisten ums Leben kamen« (Hervorhebung im Original). Der einstige Funktionär der österreichischen Identitären und Redaktionsmitglied Alexander Markovics schließt sich dieser Bewertung an und postuliert, der Angriff habe dem israelischen Militär gegolten. Tote Zivilist*innen würden »nachweislich zu einem großen Teil auf das Konto einer in den ersten Tagen des Krieges panisch agierenden Armee« gehen. Diese Falschdarstellung beruht keineswegs auf fehlenden Informationen – das Heft erschien erst im Dezember und es mangelte schon kurz nach dem Angriff nicht an Belegen, wer für die Massaker verantwortlich ist. Schließlich dokumentierten die Täter ihre Taten selbst und haben diese teilweise im Internet veröffentlicht. Auch der Duktus von Markovics' Beitrag kann ein gewisses Maß an Faszination bei

gleichzeitiger Empathielosigkeit gegenüber den Opfern nicht verhehlen: »Es ist der Beginn der Operation ›Al-Aqsa-Flut‹, der mit einem spektakulären Schlag palästinensischer Kräfte gegen Israel beginnt.« Wenngleich andere Artikel den Überfall der Hamas anders bewerten, sehen die meisten Autor*innen des Heftes die Ursache für die Eskalation auf Seiten Israels: Der vom »revisionistischen Zionismus beseelten Führung in Tel Aviv« schwebte »schon lange ein Völkermord vor«, schreibt Markovics. Sascha A. Roßmüller nutzt in seinem Artikel mit den Worten »Endlösung« und »Vernichtungskrieg« offensichtlich Vokabular aus dem NS-Kontext, um die militärische Reaktion Israels mit dem Agieren des NS-Regimes gleichzusetzen. Michael Brück (einst »Die Rechte«, heute »Freie Sachsen«) mutmaßt, dass der israelischen Regierung die Angriffspläne bekannt waren. Für diese Überlegungen liefert er keine Belege. Auch lagen die Veröffentlichungen der New York Times von Anfang Dezember, in denen erstmals darüber berichtet wurde, dass der israelische Geheimdienst die Angriffspläne der Hamas kannte, diese aber als nicht realisierbar bewertete, zeitlich ziemlich wahrscheinlich hinter dem Redaktionsschluss der DS-Schwerpunktaus-

gabe. Brück insinuiert mit seinem Text hingegen die bewusste Inkaufnahme des Angriffs zugunsten einer innenpolitischen Befriedung der israelischen Gesellschaft nach monatelangen Protesten gegen die Justizreform der Netanyahu-Regierung.

In der **Compact** lassen sich ähnliche Töne vernehmen: Israel brauche die Hamas als »einigenden Feind« (12/2023). Auch hier wird das Massaker vom 7. Oktober zwar verurteilt, allerdings betonen die Autoren vehement, dass Israel selbst eine Mitschuld trage. Durch das jahrzehntelange aggressive Vorgehen gegenüber Palästina sei das »Terror-Risiko« angeheizt worden. Israel wird in den Beiträgen und Interviews der Compact als übermächtiger Gegner dämonisiert, dessen Interesse in der Ausbreitung der eigenen Macht liege, wobei alle Mittel, selbst die Vernichtung der Palästinenser*innen, als legitim erachtet würden. Eine Differenzierung beim Schreiben über Israel bleibt in aller Regel aus. Unter den Begriff Israel kann alles fallen: Die Regierung, das Land, die Bewohner*innen, aber auch die jüdische Religion. Übliche antisemitische Chiffren und Codes werden in die neueren Entwicklungen eingefügt und wenig versteckt genutzt, so dass sie von den Leser*innen schnell entschlüsselt werden können. Chefredakteur Jürgen Elsässer, der für

eine Vielzahl der zum Thema publizierten Artikel verantwortlich zeichnet, hält sich mit verschwörungsideologischen Mutmaßungen nicht zurück. Beispielsweise sei das Super Nova Festival erst kurz vor dem 7. Oktober von einem weiter entfernten Ort in die Nähe der Grenze verlegt worden: »So stolperten die Hamas-Leute nach ihrem Durchbruch durch die Grenze praktisch zwangsläufig über das Festivalgelände. [...] Man könnte glauben, die Menschen wurden der Hamas hier zum Fraß vorgeworfen.« (1/2024) Dass der Angriff am 7. Oktober möglich war und sich die Hamas-Attentäter so lange unbemerkt hinter der Grenze bewegen konnten, wird als höchst unwahrscheinlich dargestellt. Hierfür beruft

man sich auf Aussagen von IDF-Soldat*innen und Hamas-Attentätern. Hintergründe oder Personen zu diesen Aussagen werden allerdings nie konkret benannt. Ähnliche Behauptungen werden auch in der monatlich erscheinenden **Zuerst!** angestellt: Es sei rätselhaft, »warum die monatelangen Angriffsvorbereitungen den Militärs und Sicherheitsbehörden verborgen geblieben sind.« (12/2023)

Während die neonazistische und verschwörungsideologische Publizistik Israel als ›Terrorstaat‹ markiert, nimmt die national-konservative Wochenzeitung **Junge Freiheit** (JF) eine andere Position ein und verweist auf die bedrohliche Lage, in der sich das Land seit jeher befindet. Chefredakteur Dieter Stein berichtet in seiner ersten Kolumne nach dem 7. Oktober von einer lange zurückliegenden Reportagereise: »Mir wurde erst dort erschreckend klar, wie schmal und schwer zu verteidigen dieses Handtuch namens Israel ist. Wir besuchten auch den am stärksten von Raketenangriffen betroffenen Ort Sderot, der direkt am Gazastreifen liegt. Bürgermeister und Polizeichef schilderten, wie im Alarmfall lediglich 15 Sekunden bleiben, um Bunker zu erreichen. Die Poli-



Die Heimat in Dortmund bezieht wenige Tage nach dem 7. Oktober Position.
Quelle: Screenshot telegram

zeistation, wo wir uns trafen, wurde beim jetzigen Angriff der Hamas dem Erdboden gleichgemacht.« (42/2023) Die deutsche Staatsräson im Sinne einer Unterstützung Israels seien leere Worte, so Stein weiter: »Keinen Pfifferling wert⁵ sind diese Schwüre, denn der deutsche Staat ist militärisch noch nicht einmal in der Lage, die eigene Sicherheit ernsthaft zu garantieren. Die deutschen Grenzen sind offen, die Bundeswehr nicht einsatzbereit.« Der 7. Oktober wird hier zum Vehikel, um einmal mehr die vermeintliche Verteidigungsunfähigkeit Deutschlands und die Lage der Bundeswehr zu kritisieren. Zusammengefasst lassen sich die zahlreichen Beiträge in der JF, die seit dem 7. Oktober erschienen sind, meist zwei Kategorien zuordnen: den eher nüchternen Berichten über tagesaktuelle Ereignisse in der Region selbst, die fast ausnahmslos von dem Nachwuchsautoren Sandro Serafin verfasst werden (Serafin ist zudem Autor des christlich-konservativen Medienportals Israelnetz) und den bisweilen anklagenden Beiträgen über die Situation in Deutschland und anderen westlichen Ländern, die mit rechten Narrativen über Migration, Erinnerungskultur und Cancel Culture gerahmt werden.

In den ersten Reden von **AfD**-Abgeordneten im Bundestag unmittelbar nach dem 7. Oktober wurden die Massaker einhellig verurteilt. Insbesondere die Reden von Alexander Gauland und Matthias Moosdorf am 12. Oktober standen noch unmittelbar unter dem Eindruck des 7. Oktobers und waren dem Ort und Zeitpunkt entsprechend rhetorisch staatstragend gehalten. Man bezog sich zunächst positiv auf die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson: Die Sicherheit Israels würde, so Moosdorf, »schon aus unserer gemeinsamen Geschichte heraus besondere Verantwortung« erfordern.⁶ Alexander Gauland zufolge sei mit dem Terrorangriff nicht nur Israel gemeint, sondern auch »wir, der gesamte Westen«.⁷ Schon eine Woche darauf waren von dem AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla andere Töne zu vernehmen, als er im Bundestag die im Kontext des Ukraine-Krieges eingeübte Friedensrhetorik als narrativen Referenzrahmen setzte. Neben der obligatorischen Verurteilung der Massaker und der Forderung nach Freilassung der Geiseln betonte Chrupalla, Israel müsse nun Verhältnismäßigkeit wahren, es dürfte keine humanitäre Katastrophe entstehen. Im Grunde verfolgt Chrupalla in seiner Rede jedoch ein anderes Ziel, nämlich »die deutschen Interessen in den Vordergrund« zu stellen. Denn die von Chrupalla befürchtete humanitäre Katastrophe stellt für ihn vor allem deshalb ein Problem dar, weil diese eine »Migrationswelle nach Europa und Deutschland« auslösen könnte. Die Massaker in Israel, der Krieg und Antisemitismus in Deutschland sind in der Rhetorik der AfD bloßer Anlass für das Sprechen über Migration. Das zweite deutsche Interesse, das Chrupalla in diesem Zusammenhang benennt, ist »freie[r] und friedliche[r] Handel mit Öl und Gas«. Bemerkenswert ist, dass Chrupalla als Friedensmächte für die Region Russland und China darstellt, da diese in einer UN-Resolution einen humanitären Waffenstillstand gefordert hätten.

Auf dem Blog der **Sezession** bewertet Martin Lichtmesz (bürgerlich: Martin Semlitsch) das Massaker vom 7. Oktober recht kurz, aber deutlich: »Die Massaker, die die Hamas auf israelischem Staatsgebiet begangen hat, sind von einer bislang ungekannten Größenordnung und Grausamkeit, ja Barbarei.« (12.10.2023) Im

Folgenden gehen weder er noch seine Mitkommentatoren – bis auf ein, zwei Sätze – näher auf die Taten der Hamas oder die Toten, Verletzten und Geiseln ein. Schnell, fast schon als sei das Massaker für die Analyse störend, widmen sie sich der Interpretation. Sie spekulieren über die vermeintliche Erwünschtheit des Massakers durch die israelische Regierung, werfen die verschwörungsideologische Frage nach dem Nutzen auf, dass Israel jetzt mit Gewalt antworten werde und welche Ziele eigentlich dahinter stünden. (11.12.2023) Lichtmesz erweckt in seinen Beiträgen zum Thema den Eindruck, als verweigere er sich einer moralischen Wertung, die nur selten durchscheint. Seine Wortwahl ist mitunter jedoch entlarvend und entspringt antizionistischen Narrativen. So beschreibt er Gaza als »Freiluftgefängnis« oder bezeichnet die Hamaskämpfer als »Partisanen«. (12.10.2023) Mit der Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober verfolge Israel das Ziel, Gaza ethnisch zu säubern und die Vertreibung von 1948/49 abzuschließen: »Zugespitzt gesagt, ist das entscheidende, existentielle Interesse Israels, so viele Araber wie möglich loszuwerden.« (11/2023)

Migration und der Antisemitismus der Anderen

Spektrienübergreifend wurden die Ereignisse im Nahen Osten und die darauffolgenden Protestmobilisierungen aufgegriffen, um ein extrem rechtes Kernthema anzusprechen: die Migration. Während für das verschwörungsideologische und neonazistische Milieu der Antisemitismus im Nahen Osten selbst nur ein Ergebnis des Agierens Israels zu sein scheint, wird kaum eine Möglichkeit ausgelassen, sich über den »importierten Antisemitismus« hierzulande auszulassen und die aus rechter Sicht fehlgeleitete deutsche Migrationspolitik anzuprangern. Nicht nur stehe mit der zu befürchtenden Ausweitung des Konfliktes eine neue Migrationswelle bevor, vielmehr habe man durch eine jahrelange unkontrollierte Zuwanderung die Konflikte der Region bereits nach Deutschland geholt.

Antisemitische Ausschreitungen und Demonstrationen in Deutschland nach dem 7. Oktober seien das Resultat einer »heillos naiven Zuwanderungspolitik«, schreibt etwa Chefredakteur Andreas Karsten in der **Zuerst!**: »Die reflexhafte Empörungsserie, in die »Ampel«-Politiker und CDU-Vertreter derzeit gleichermaßen einstimmen, kann man jedoch nur als Augenwischerei bezeichnen. Es bleibt festzuhalten: Sie haben Menschen, deren Grundeinstellung sie nun so bitterlich beklagen, über Jahre ohne nennenswerte Kontrollen ins Land gelassen.« (12/2023) In dramatischer Weise zählt er Gewaltstraftaten durch Migranten auf, nicht ohne zu behaupten, dass »Täter aus muslimisch geprägten Ländern, wie den Maghreb-Staaten deutlich häufiger straffällig werden als etwa Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine«. Muslimische Geflüchtete werden so durch die pauschalisierende Interpretation von Statistiken als konstantes Sicherheitsrisiko für Deutschland dargestellt. Das **Zuerst!**-Autorentrio Hartmut Lieger, Christian Schöps und Ludwig Kranzler kommt in seinem Artikel zum arabisch-israelischen Konflikt zu dem abschließenden Ergebnis, dass es eine andere Migrationspolitik brauche: Es müsse »endlich die migrantensichere Festung Europa gebaut werden, [denn] Einigeln ist das Gebot des Selbstschutzes vor immer mehr fremden Konflikten«. (12/2023)



In der **Jungen Freiheit** berichten zahlreiche Artikel über die Proteste sowie die Zusammenarbeit islamistischer Gruppen mit linken Akteur*innen, etwa am Beispiel Samidoun. Der Tenor: Antisemitismus ist ein Problem – und zwar von links sowie unter Muslim*innen. Michael Paulwitz, langjähriger JF-Autor, nutzt die Proteste in Deutschland einmal mehr dafür, die Migrationspolitik mit rassistischen Untertönen anzuprangern: »Hamas und ihre Handlanger haben ihre Stützpunkte mitten unter uns, und die Unterstützer des islamischen Terrors schwimmen im Milieu muslimischer Parallelgesellschaften in Deutschlands Städten wie der Fisch im Wasser. Ein Funke genügt, um ganze Bataillone kampfbereiter junger Männer zu mobilisieren, die der überforderten deutschen Staatsmacht die Stirn bieten, angefeuert von bekopftuchten Frauen, über deren vermeintliche »Diskriminierung« Feuilletonisten und Sozialfunktionäre eben noch lamentiert hatten.« (44/2023) Der defätistischen Bestandsaufnahme folgt der Appell, den öffentlichen Druck weiter aufrecht zu erhalten, um endlich eine Wende in der Migrationspolitik zu bewirken, wie auch die Zuerst! sie fordert: »Für Deutschland wird es zur Schicksalsfrage, ob der Warnschuß diesmal gehört wird und der öffentliche Druck so lange aufrechterhalten wird, bis den aufgeregten Worten auch wirksame Taten folgen.«

Etwas andere Akzente zur aktuellen Debatte um Antisemitismus sind von dem stellvertretenden Vorsitzenden der **AFD**-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider zu vernehmen. In einem kurz nach dem 7. Oktober veröffentlichten Interview für Freilich, einem im Milieu der österreichischen deutschnationalen Burschenschaften verankerten Magazin, wendet sich Tillschneider zwar obligatorisch gegen »Masseneinwanderung«, da sonst »Konflikte aus aller Welt importier[t]« würden. Allerdings richtet er sich damit sowohl gegen antiisraelische als auch gegen »Pro-Israel-Demonstrationen«. Während Tillschneider die von der Hamas geführten Angriffe als »schändliche Kriegsverbrechen« verurteilt, sei nach seiner Logik ein Gedenken an die Opfer der Massaker allerdings nichts, was deutsche Interessen betrifft und daher ebenfalls Ausdruck eines importierten Konflikts. In dem Interview plädiert Tillschneider daher für umfassendere Verbote, sowohl von Demonstrationen, als auch von Nationalfahnen, etwa auf Schulhöfen: »Wir brauchen auf unseren Schulhöfen weder Palästinaflaggen noch Israelflaggen!« Der Antisemitismus auf deutschen Straßen wird so zu einem nicht-deutschen Problem, mit welchem sich die deutsche Politik nicht auseinander setzen sollte. Tillschneider zufolge sei Neutralität die Position, die der Ambivalenz deutscher Interessen entsprechen würde: Neben dem guten Verhältnis zu Israel habe Deutschland ebenfalls ein Interesse an der Beziehung zur arabischen Welt und zum Iran aufgrund der dortigen Rohstoffvorkommen. In einem Artikel in der russischen Zeitung Wedemosti vom 16. November wird Tillschneider diesbezüglich noch deutlicher, indem er dafür plädiert, sich an der russischen Nahost-Politik zu orientieren. Aktuell sei das jedoch nicht möglich, weil Deutschland unter Druck stehe, von »Migranten auf der einen, Israel und die USA auf der anderen Seite«. Ein Druckmittel sei, wie Tillschneider hinzufügt, das »alte Holocaust-Argument«. Den Antisemitismus der alten Rechten, der zur Schoa geführt hat, erklärt Tillschneider in der Neuen Rechten für historisch überwunden. Dennoch warnt er davor, die »Antisemitismuskeule exklusiv gegen Einwanderer

aus dem islamischen Kulturraum« zu schwingen, da ihr so nur mehr Gewicht gegeben werde, um sie dann »deutschen Patrioten entgegen[zu]schleudern«.

»Ersatznationalismus« und Vergangenheitspolitik

Die Debatte um muslimisch geprägten Antisemitismus, die von nahezu allen hier untersuchten Publikationen geradezu dankenswert aufgegriffen wird, verbindet sich vielfach mit einem weiteren Narrativ. Ähnlich wie bereits in der Rezeption des Ukraine-Krieges⁸ wird erneut über einen deutschen »Ersatznationalismus« geschrieben: Da den Deutschen das Nationalbewusstsein nach 1945 verwehrt worden sei, artikuliere sich dieses Bedürfnis in der Unterstützung anderer Nationen, so etwa der Ukraine oder eben Israels, bei gleichzeitiger Ignoranz eigener Interessen. »Nationalmasochismus«, »Schuld-kultpatriotismus«, »Israelbesoffenheit«, oder eben »Ersatznationalismus« sind hierfür einige gängige Begriffe in der rechten Publizistik.



Antisemitische Propaganda gehört seit jeher zum Repertoire der extremen Rechten: Aufkleber, Flugblätter und

Der arabisch-israelische Konflikt habe in Deutschland eine »zivilreligiöse Dimension« angenommen, beklagt Martin Sellner auf dem Blog der **Sezession**: »Denn die dogmatische Auslegung der Aufgabe, die Welt so einzurichten, »dass Auschwitz sich nicht wiederhole, ist der Identitätskern der Bundesrepublik.« (22.10.2023) Die Wahrung israelischer Staatsinteressen sei zum deutschen Staatsziel geworden. Die Schwäche Deutschlands sieht Sellner darin, dass es keinen »Identitätskern« außer dem »Schuld-kult« mehr habe. Mitunter wird dem deutschen Staatshandeln eine gewisse Paradoxität unterstellt, da der Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland deutlich mache, wie wenig die deutsche Staatsräson mit Blick auf Israel mit der derzeitigen Einwanderungspolitik zu vereinbaren sei. »Diese Art von Einwanderer, die aus ihrer Israel-Feindlichkeit und ihren Hamas-Sympathien keinen Hehl macht, ist schon seit geraumer Zeit ein Schizo-Problem für das schuld-kultgespeiste herrschende Narrativ, das verlangt, sowohl den Juden als auch den Migranten anzubeten«, schreibt Lichtmesz auf dem Blog der Sezession. (12.10.23)

In der **Zuerst!** monieren Lieger, Schöps und Kranzler, dass Deutschland nicht die Interessen des eigenen Staates priorisiere, sondern »an das Schicksal eines anderen Staates koppel[t]«. Dies gehe so weit, dass Geflüchtete sich zum Existenzrecht Israels bekennen müssen, »um ein Asyl-Ticket für das deutsche Migranten-Mekka zu lösen«. (12/2023)

Auch Maximilian Krahs, zu diesem Zeitpunkt noch **AfD**-Bundevorstandsmitglied und Spitzenkandidat für die EU-Wahl⁹ verknüpft in einer Rede über »Vergangenheitspolitik und politische Gegenwart« auf einer Tagung des Instituts für Staatspolitik (IFS)¹⁰ im November 2023 in Schnellroda das Narrativ eines deutschen Schuldkults mit dem Anti-Migrationsdiskurs. Das Bedürfnis nach historischer Entlastung artikuliert sich bereits zu Beginn von Krahs Rede: »Über die Vergangenheit zu sprechen ist schlimm genug, in Kombination mit Israel ist es nahezu unmöglich.« Krahs führt unter Rückgriff auf das antijudaistische Stereotyp jüdischer Rachsucht weiter aus: »10 Auge für 1 Auge, nämlich eine Politik im Gaza-Streifen, die absehbar Flüchtlingsströme in Gang setzt, [...] wenn

sig.« Die Opfer der nationalsozialistischen Deutschen hingegen werden damit wie nebenbei zu den Täter*innen von heute. Daher bestehe seitens Deutschlands gegenüber Israel auch »keine besondere Verantwortung«. Solche Äußerungen Krahs sind durchaus auch als Kritik an den eigenen Parteimitgliedern zu verstehen, die am 12. Oktober, noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Gräueltaten stehend, in ihre Reden ausführten, dass mit den von der Hamas geführten Massakern auch »wir, der gesamte Westen« (Gauland) gemeint seien und gegenüber Israel »schon aus unserer gemeinsamen Geschichte heraus besondere Verantwortung« bestehe (Moosdorf). Wenn Maximilian Krahs also von Diskussionsfenstern spricht, die es zu nutzen gelte, so ist damit auch die AfD selbst gemeint, innerhalb derer die Grenzen des Sagbaren im Sinne geschichtsrevisionistischer deutscher Opfernarrative verschoben werden sollen.

Auch in der **Jungen Freiheit** bedienen sich einzelne Autoren gängiger rechter Opfernarrative im Zusammenhang mit der Debatte um Antisemitismus und verknüpfen diese mit dem Narrativ der Cancel Culture. Referiert wird etwa auf Kontroversen, die im akademischen Milieu oder in der Kulturszene geführt werden, darunter die Absage der Kölner Universität an die US-Philosophin Nancy Fraser. Fraser hatte einen offenen Brief mit dem Titel »Philosophy for Palestine« unterzeichnet, der dem BDS-Kontext zuzuordnen ist und antisemitische Stereotype bedient.¹¹ In der JF verweist Florian Werner auf Immanuel Kant und die Aufklärung, demnach müsse es möglich sein, sich öffentlich zu äußern, »und sei's auch in der Form von Schmu«. (17/2024) Dass die freie Rede in Deutschland seit langem bedroht sei, ist nicht nur in der Jungen Freiheit immer wieder zu lesen, sondern auch ein konstitutives Narrativ im extrem rechten Denken insgesamt. Entsprechend sei Fraser nicht ganz unschuldig, denn schließlich habe sie »als Intellektuelle an der Definition eines hegemonialen Diskurses mitgetan [...], aus der Andersdenkende immer schon herausgefallen sind«, womit Werner wohl auf das nationalkonservative Milieu der JF selbst anspielt. Einen ähnlichen Gedankengang verfolgt JF-Stammautor Thorsten Hinz in seinem Artikel über den jüdischen Pianisten Igor Levit, der sich gegenüber der Wochenzeitung ZEIT enttäuscht über die ausbleibende Solidarität mit Jüdinnen*Juden in Deutschland gezeigt hatte. Für Hinz ist dies die Konsequenz aus dem »bundesdeutschen Schuldkult« und »faktischen Trauerverbot für die eigenen Opfer« nach dem 2. Weltkrieg: »Woher soll Empathie mit anderen – hier: mit Israel, mit jüdischen Betroffenen – denn kommen, wenn die Deutschen nicht einmal mit sich selbst empathisch sein können und ihnen die Fähigkeit dazu systematisch abtrainiert wurde? Aus diesem Grund bilden sie auch keine handlungsfähige Willensgemeinschaft mehr und können sich der Zerstörung des demokratischen Rechtsstaates und ihrer Lebenswelt überhaupt nicht entgegenstellen. [...] Die Erkaltung gegenüber der »dehumanisation« – der Entmenschlichung – der jüdischen Hamas-Opfer, die Levit beklagt, haben seine grünen Gesinnungsfreunde gegenüber deutschen Opfern seit jeher an den Tag gelegt.« (49/2023)

Insgesamt spiegeln die Beiträge in den unterschiedlichen Periodika eine durchaus ambivalente Haltung wider: Zum einen ist man besorgt vor einer weiteren militärischen Eskalation bis hin zu einem Dritten Weltkrieg. Zum anderen besteht die Hoffnung, dass



Plakate der 1970er bis 2010er Jahre aus dem Archivbestand des apabiz e.V.

man da bereits fragt, ist das denn korrekt«, werde man »massiv angegriffen«. Das liege Krahs zufolge an einem vermeintlichen »Ersatznationalismus«, einer »Identifizierung mit Israel« als »Ersatz für die fehlende Identifizierung mit dem eigenen Vaterland«. Krahs führt den vermeintlichen Ersatznationalismus auf »eine ganz eigenartige Vergangenheitsaufarbeitung«, auf deutsche »Nationalneurosen« zurück. Ihm zufolge eröffneten sich angesichts des 7. Oktobers und seiner Folgen neue »Diskussionsfenster für die eigene Geschichtsaufarbeitung«. Wenn nun über Opfer in Gaza gesprochen werde, so soll das zum Anlass gemacht werden, über »Dinge [zu sprechen], die bisher Tabu gewesen« seien, nämlich »über deutsche Opfer«. Es ist Krahs selbst, der eine projektive Identifizierung des »Fremden« mit dem »Eigenen« vornimmt. Darin betrachtet er die Palästinenser*innen immer als Opfer Israels, um dieses Narrativ dann auf den deutschen Kontext anzuwenden. So werden die Deutschen während des Nationalsozialismus mit den Palästinenser*innen gleichgesetzt und als Opfer der Alliierten inszeniert: »Dresden war unzulässig und Gaza ist auch unzuläs-



der 7. Oktober und seine Folgen und die damit zusammenhängenden Debatten und Proteste neue Räume eröffnen, um tradierte rechte Forderungen, etwa nach einer restriktiven Migrationspolitik, mit mehr Nachdruck in die politische Debatte einzubringen. Die israelische Kriegsführung in Gaza wird als Ausgangspunkt einer Kritik der deutschen Staatsräson begriffen, in deren Anschluss der »Schuldskult« direkt mit entsorgt werden kann.

Historische Betrachtungen und »Großer Austausch«¹²

Einzelne Artikel streifen die Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes. Mitunter wird hier ein eindimensionales und unterkomplexes Bild gezeichnet, in dem Israel als jahrzehntelanger und alleiniger Aggressor dargestellt wird. In der **Deutschen Stimme** schreibt Moritz Altmann unter der Überschrift »Israel: Terror als Geburtshelfer der Staatsgründung«: »Was würde wohl geschehen, wenn alle Völker Anspruch auf das Land erheben würden, das ihre Vorfahren vor 2000 Jahren verlassen haben? Die Welt versänke in Krieg und Terror. Nur ein Volk kam mit dieser vermessenen Idee durch: die Juden mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948.« Entlarvend, wenngleich wenig überraschend für ein neonazistisches Blatt ist die Tatsache, dass Altmann die Zusammenhänge zwischen dem Vernichtungsantisemitismus in Europa, der Schoa und jüdischer Einwanderung nach Palästina ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass Jüdinnen*Juden schon immer in dem Gebiet gelebt haben. Während er ausführlich auf die Vertreibung der Palästinenser*innen im Zuge des Unabhängigkeitskrieges von 1948 eingeht, wird die Verfolgung von Jüdinnen*Juden in Europa nahezu auf einen Satz reduziert: »Während des Zweiten Weltkrieges erlebte Palästina eine jüdische Masseneinwanderung.« Obgleich die Deutsche Stimme in ihrer Schwerpunktausgabe zum arabisch-israelischen Konflikt mehr als ein Dutzend Beiträge versammelt, kommt das Wort »Antisemitismus« nur einmal vor: als Bildunterschrift zu einer Buchbesprechung von Theodor Herzls Buch »Der Judenstaat«. Neben einzelnen vergleichsweise nüchternen Artikeln bleiben viele Beiträge der neonazistischen Tradition eines mehr oder weniger offenen Antisemitismus treu. Mit Blick auf die Berichterstattung zum 7. Oktober lässt Nick Griffin, einstiger Vorsitzender der neonazistischen British National Party verlauten, die Mainstream-Medien seien »überwiegend im Besitz und unter der Kontrolle der gleichen Leute«. In den sozialen Netzwerken gäbe es hingegen eine rege Diskussion über »die unverhältnismäßige Beteiligung von »denen, die nicht genannt werden sollen« an Entwicklungen vom Kulturmarxismus bis zum Feminismus, von Online-Pornos bis zur Trans-Agenda und von Pfizer bis zum globalen Blutsauger-Bankensystem«. Griffin bemüht hier ganz offen tradierte antisemitische Ideologeme.

Auf dem Blog der **Sezession** macht Martin Lichtmesz hingegen einigermaßen deutlich, dass die jüdischen Einwanderungswellen in einem Zusammenhang stehen mit antisemitischen Pogromen, dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten und der Schoa. Beim Thema Israel ersetzt die Diskussion demographischer Entwicklungen die sonst oft ausufernden geopolitischen Ausführungen der Neuen Rechten. Die Überlegungen zum demographischen »Kampf« führt Lichtmesz mit Bezug auf Gunnar Heinsohns Buch

»Söhne und Weltmacht« aus, dessen These vom »youth bulge« bereits von Thilo Sarrazin aufgegriffen worden war. Demnach seien Gesellschaften mit einer sehr hohen Anzahl an jungen Menschen, insbesondere jungen Männern, prädestiniert für Gewalt und Konflikte. »Israels Existenz steht und fällt nach wie vor mit der demographischen Frage.« (117/2023) Sowohl die kinderreichen Palästinenser*innen als auch der israelische Staat mit seiner Bevorzugung der kinderreichen Siedler*innen erwägen diese als demographische Waffe, so Lichtmesz. Es ist wenig überraschend, dass sich die extreme Rechte mit Demographie, Bevölkerungswandel und Identität befasst, fürchtet sie doch den »Großen Austausch«. Dieser habe in Israel schon stattgefunden: »Die Situation ist seitenverkehrt: Israel ist ein Staat, der von Einwanderern und Flüchtlingen im Zuge eines »großen Austausches« auf Kosten der ansässigen Bevölkerung errichtet wurde, die sich jedoch nicht geschlagen gibt und danach strebt, auf ihrem angestammten Gebiet wieder die Mehrheit zu stellen, womit der sie beherrschende Staat zunehmend in ein »südafrikanisches« Dilemma gerät.« (117/2023)

Neben ähnlichen historischen Ausführungen thematisiert die **Compact** den »religiösen Fundamentalismus«. Hierbei fokussiert das Blatt auf die jüdische Orthodoxie, während dem islamischen Fundamentalismus, der in dem Konflikt ja nicht nur eine untergeordnete Rolle spielt (Hamas, Islamischer Dschihad, Hisbollah, das iranische Mullah-Regime etc.) weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Gründe für den Krieg und Israels aktuelles Vorgehen werden dabei in antisemitischer Weise im Kontext eines Weltherrschaftsanspruches gesehen, der dem orthodoxen Judentum immanent sei. Demnach würden sich »Endzeitliche Juden« innerhalb ihrer »Endzeitsekte« eine letzte Schlacht herbeisehnen, um ihre Vormachtstellung zu manifestieren. (12/2023) Der Krieg in Gaza wird so zu einer historisch-religiös begründeten Schlacht eines jüdischen Fanatismus. Im Gegensatz dazu stehen einige Artikel, die sich mit den Öl- und Gasvorkommen in der Region beschäftigen und diese als Grundlage für die Eskalation sehen. Ob es um geopolitische Interessen geht oder der Charakter der jüdischen Orthodoxie als ausschlaggebend ausgemacht wird, am Ende teilen die Autoren die Vermutung, dass es Israel um einen finalen großen Sieg gehe und diplomatische Lösungen daher nicht mehr möglich sein werden.

Rechte Positionierungen

In der Gesamtbetrachtung ist deutlich geworden, dass die Bewertung und das Schreiben über den 7. Oktober und den Krieg in Gaza in der rechten Publizistik vielfach auf den zentralen politischen Themen der extremen Rechten aufbaut. Insbesondere die Migrations- und Vergangenheitspolitik sowie die Frage, inwieweit der Umgang mit dem Konflikt Auswirkungen auf die extreme Rechte selbst hat (Stichwort »Meinungsfreiheit«, »Antisemitismuskeule«) spiegeln sich in den Beiträgen der rechten Publizistik wider. Vielen Autor*innen dienen die aktuellen Ereignisse als Anlass, ihren antisemitischen Ressentiments neuen Raum zu geben oder Antisemitismus zu externalisieren. Dabei wird die Debatte um muslimischen Antisemitismus einerseits instrumentalisiert, um die deutsche Migrationspolitik anzuprangern. Andererseits befürchtet man, dass

sich der Vorwurf des Antisemitismus etwa anlässlich vergangenheitspolitischer Äußerungen auch gegen das eigene Milieu wenden kann oder sieht sich darin bestätigt, dass diesem schon immer jegliche Grundlage gefehlt habe. Schließlich macht man sich Hoffnung, dass das militärische Vorgehen Israels in Gaza den Vorwurf des Antisemitismus zukünftig zu entkräften vermag. Hierzu resümiert Torsten Hinz in der JF: »Für die Deutschen war es wegen des Holocausts stets Gewissenspflicht gewesen, sich unverrückbar an die Seite Israels zu stellen und einen Quasi-Philosemitismus zu pflegen. Wie lange aber wird die Pflicht noch empfunden, wenn täglich Horrorbilder aus Gaza über den Bildschirm flimmern? [...] Der [Antisemitismuskurs] ist brüchig geworden und steht international vor der Verabschiedung. Dieser Diskurs ist in der Vergangenheit immer wieder gegen Rechte und Konservative gewendet worden. Es wäre ein Treppenwitz, wenn die sich nun als seine letzten Verteidiger betätigten.« (15/2024)

Mit Blick auf die Schoa und den Zweiten Weltkrieg wird seit jeher ein bundesdeutscher ›Schuldskult‹ beklagt, dessen man sich entledigen möchte und der in unmittelbarem Zusammenhang steht mit dem bundesdeutschen Verhältnis zu Israel. Die harsche und bisweilen offen antisemitische Positionierung gegenüber Israel in der neonazistischen und verschwörungsideologisch geprägten Publizistik liegt nicht zuletzt hierin begründet. Hingegen sorgt der weit verbreitete antimuslimische Rassismus auch dafür, dass Solidarität mit den Palästinenser*innen ausbleibt. Ganz besonders deutlich wird das in einem Streitgespräch in der Deutschen Stimme. Während sich der Neonaziaktivist Sven Skoda dafür ausspricht, »für Palästina Flagge zu zeigen« und sich »klar gegen Israel und seine Mord- und Vertreibungspolitik« zu positionieren kommt Chefredakteur Peter Schreiber zu dem Ergebnis: »Ich will diese Leute hier nicht haben, also hänge ich auch nicht ihre Flagge aus dem Fenster.« (12/2023)

In der Sezession betonen Martin Sellner und Götz Kubitschek, dass sich die rechte Szene am Thema nicht spalten, sondern vielmehr Allianzen schaffen solle. Es gehe darum, sich auf »das Eigene« zu fokussieren. Historische Entwicklungen werden von Martin Lichtmesz mit der Methode der freien Assoziation neu zusammengesetzt: »Wir Rechten sind nun in der unerquicklichen Lage, wie die Zionisten der Gründergeneration über möglichst friedliche und freiwillige ›Transfers‹ (wir nennen es: ›Remigration‹) nachdenken zu müssen, ohne ein Äquivalent der Zionistischen Weltorganisation hinter uns zu haben.« Aus den Ausführungen lässt sich ein gewisser Neid des Autors auf die zionistische Bewegung herauslesen, auf welche er eine enorme Macht projiziert. Zugleich vergleicht Lichtmesz die Lage der Deutschen mit der historischen Situation der arabischen Palästinenser*innen, »denn auch unserem Volk könnte eines Tages eine ›Nakba‹, eine ethnische Säuberung, bevorstehen, mindestens aber der Status als Minderheit im eigenen Land.« (117/2023) Hier beweist Lichtmesz eine erstaunliche Übertragungsleistung, indem er die Situation der Rechten in Deutschland sowohl mit der Lage der frühen Zionisten als auch der Palästinenser*innen vergleicht, wobei letztere, und damit dann auch die Deutschen, wiederum zu Opfern der Erstgenannten werden. In wenigen Worten dramatisiert Lichtmesz so die Lage der extremen Rechten bzw. der »Deutschen« und verklausuliert die

verschwörungsideologische Idee der Gefahr eines vermeintlichen Bevölkerungsaustausches in Deutschland und Österreich. Vor dem Hintergrund der großen politischen Bedeutung, die der Begriff »Nakba« (arabisch, zu dts.: »Katastrophe«) für die Beschreibung der Folgen der israelischen Staatsgründung für Palästinenser*innen hat, kann dessen Verwendung für den deutschen Kontext auch als Trivialisierung der Situation der Palästinenser*innen verstanden werden.

Das Beispiel verdeutlicht einmal mehr, dass es in den extrem rechten Beiträgen zum arabisch-israelischen Konflikt zuerst darum geht, Situation und Debatte auf den deutschen Kontext und das eigene Milieu zu übertragen. Im Kern werden vor allem Identitätsfragen und tradierte extrem rechte Opfernarrative verhandelt. Die Autor*innen haben so letztlich vor allem eines im Sinn: sich selbst.

1 Der britischen BBC zufolge beteiligten sich neben der Hamas fünf weitere Terrororganisationen an den Massakern vom 7. Oktober: Die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden, die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, die Omar-Al-Kassam-Brigaden, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Mudschahedin-Brigaden. Vgl. Abdelali Ragad, Richard Irvine-Brown, Benedict Garman, Sean Seddon: How Hamas built a force to attack Israel on 7 October. BBC, 27.11.2023. **2** Die Proteste artikulieren sich zum einen auf der Straße, aber auch an Universitäten oder in Form von Störaktionen auf Veranstaltungen. Während auf den Demonstrationen regelmäßig israelbezogene antisemitische Ideologeme verbreitet werden, sind sie insbesondere für die palästinensische Bevölkerung gleichzeitig auch eine wichtige Möglichkeit, ihre Sorge und auch Trauer um die Toten in Gaza öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dabei wird öffentlich darum gerungen, wo eine legitime Kritik am israelischen Regierungshandeln aufhört und antisemitische Agitation anfängt. In den ersten Wochen reagierten die Behörden in einigen Bundesländern mit Vorab-Verboten auf die Versammlungen. Einen Überblick über antisemitische Vorfälle auf Demonstrationen bietet RIAS in seinem Jahresbericht 2023. **3** 2023 dokumentierten die RIAS-Meldestellen insgesamt 4782 antisemitische Vorfälle, mehr als die Hälfte davon ereigneten sich nach dem 7. Oktober. Antisemitismus äußerte sich nach dem 7. Oktober häufiger gewaltvoll als vorher: Unter anderem wurden 71 Prozent aller Fälle extremer Gewalt, 63 Prozent aller Angriffe und 64 Prozent aller Bedrohungen aus dem Jahr 2023 nach dem 7. Oktober dokumentiert. **4** Vgl. dazu apabiz e.V.: magazine # 2: Rechte Perspektiven auf Religion, Berlin 2018. **5** Tatsächlich hat die Bundesregierung im Jahr 2023 Rüstungsexporte von insgesamt 326,5 Millionen Euro an Israel bewilligt, einen Großteil davon nach dem Massaker. In Compact und Zuerst! wird diese Tatsache mit Empörung kommentiert: Deutsche Gelder sollten nicht in die Rüstung anderer Ländern fließen, sondern für die Verteidigung Deutschlands verwendet werden. Vgl. Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags »Deutsche Rüstungsexporte nach Israel«, WD 5 - 3000 - 004/24. **6** Moosdorf, 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023. **7** Gauland, 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023. **8** Vgl. apabiz e.V.: magazine # 11: Der Ukraine-Krieg in der rechten Publizistik, Berlin 2023. **9** Um Krahn wurden im Mai 2024 diverse öffentliche Kontroversen geführt. Im Ergebnis schloss die rechte ID-Fraktion im Europäischen Parlament alle AfD-Vertreter*innen aus der Fraktion aus und Krahn trat aus dem Bundesvorstand der AfD zurück. Zugleich verhängte die Partei für ihn ein Auftrittsverbot im laufenden Europa-Wahlkampf. Bereits einen Tag nach der Wahl im Juni 2024 beschlossen die neu gewählten Delegierten der Partei, dass Krahn nicht Teil der Europa-Delegation sein wird. Die Auseinandersetzung um Krahn im rechten Lager, die auch die Zusammenarbeit mit anderen Rechtsaußenparteien in Europa maßgeblich beeinflusst hat, ist dabei exemplarisch für das Ringen zwischen den Machtstrateg*innen in der Partei und Akteuren wie dem einstigen IFS, die eine parteipolitische, strategische Abgrenzung innerhalb des eigenen Milieus immer wieder deutlich als Anbiederung kritisieren. Kubitschek deutete die Auseinandersetzung um Krahn auf dem Blog der Sezession als Sieg der transatlantischen Rechten in Europa: »Es geht nicht um den Politikstil Krahs oder um geschichtspolitische Fragen. Es geht darum, daß sich in Europa ein mächtiger konservativer Ableger der US-amerikanischen Rechten gebildet hat, der das rechtskonservative Europa prägen will und wird – auf Kosten Deutschlands und unter Beteiligung deutscher konservativer Irrelevanz.« (26.05.2024) **10** Das IFS wurde im April 2024 aufgelöst. Die vom IFS herausgegebene Zeitschrift Sezession wird vom früheren Institutsleiter Erik Lehnert und seinem Unternehmen Metapolitik Verlags UG weitergeführt. Götz Kubitschek hatte bereits im Februar 2024 die Unternehmensgesellschaft Menschenpark Veranstaltungs UG gegründet, unter der weiterhin Akademien, Seminare, Tagungen und Messereveranstaltungen angeboten werden sollen. In der Sezession begründete Kubitschek den Schritt mit einem möglicherweise drohenden Verbot des Vereins. **11** Vgl. Bundesverband RIAS e.V.: Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen, 2023. **12** Der Begriff »Großer Austausch dient der extremen Rechten als verschwörungsideologischer, antisemitischer Kampfbegriff: Demnach soll die weiße Bevölkerung in Europa durch Migrant*innen ersetzt werden. Dieser Prozess wird vermeintlich durch eine kleine Elite gesteuert.



